



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

An Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 27.05.2013

AN/0644/2013

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|---------|-------------------|
| Rat | 18.06.2013 |

Tag des Grundgesetzes am 23. Mai an Kölner Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Köln am 18. Juni 2013 zu setzen.

Tag des Grundgesetzes am 23. Mai an Kölner Schulen

Der Rat der Stadt Köln regt an, einen Thementag zur Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai (Tag des Grundgesetzes) an den weiterführenden Schulen in Köln durchzuführen und für die besten Projekte einen Preis auszuloben.

Die Verwaltung wird beauftragt, bei den Stiftungen der Stadt Köln die benötigten Mittel zu beantragen.

Begründung

In allen Ländern der freien Welt gibt es Thementage zur freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung, insbesondere an Schulen, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Verfassung unseres Landes intellektuell auseinander zu setzen. Dabei ist hervorzuheben, dass man jungen Menschen immer wieder klarmachen muss, welche Vorzüge die freiheitlich-demokratische Grundordnung eines säkularen Staates hat und dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, sondern geschichtlich über Jahrhunderte erkämpft werden musste.

Durch die Migration bzw. Zuwanderung gibt es auch Schüler aus Ländern mit einer autoritären Staatsform. Diese erhalten dadurch die Möglichkeit, geschichtliche Einblicke zu

gewinnen und die Vorzüge einer Demokratie, wie zum Beispiel der Religionsfreiheit, kennen zu lernen. Insbesondere die Auseinandersetzung mit Staatsformen, in denen es keine Trennung von Staat und Religion gibt, kann hilfreich sein, zum besseren Verständnis der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung.

Die Schüler werden so gestärkt, insbesondere gegen totalitäre Ideologien wie dem politischen Extremismus oder radikal-islamischen Strömungen. Ein damit einhergehender Stolz auf die Verfassungstraditionen kann auch anziehend auf Schüler wirken, die in den Bannkreis z.B. salafistischer Indoktrination geraten sind.

Gerade die hohe Jugendarbeitslosigkeit kann zu einem Gefühl der Perspektivlosigkeit werden, die schnell bei jungen Leuten zu einer resignativen Einstellung umschlägt und so zum Desinteresse an der Mitwirkung in demokratischen Institutionen (wie zum Beispiel die Altparteien) führen.

Durch das Beschäftigen mit den Grundlagen unseres Staates kann ein neues politisches Interesse erwachsen, das sich in politischem Engagement (zum Beispiel in modernen Bürgerbewegungen) seinen Ausdruck findet.

Gez.

Markus Wiener

Jörg Uckermann